

DE GRÖNWOHLDER

Rinkiekier

Mitteilungsblatt für Grönwohld

Nr. 1/April 1980

Herausgegeben vom Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Liebe Grönwohlder,

was lange währt, wird - hoffentlich - endlich gut, in diesem Fall das von uns seit längerem geplante Informationsblatt für unsere Gemeinde.

Neue Jahre pflegen mit guten Vorsätzen gepflastert anzufangen. Auf einen dieser "Pflastersteine" wollen wir bauen und in Zukunft etwa alle Viertel Jahr den "Grönwohlder Rinkiekier" (natürlich kostenlos für Sie) erscheinen lassen. Die Erstausgabe stellt sich heute bei Ihnen vor.

Warum "Grönwohlder Rinkiekier"? Nun, einmal muß jedes Kind einen Namen haben, und zum anderen sagten schon die alten Lateiner "nomen est omen" (der Name ist ein Vorzeichen). Wie die Überschrift beim Schulaufsatz soll der Name ausdrücken, was wir uns als Thema und Ziel vorgenommen haben.

Wir möchten versuchen, ein bißchen in und - wo nötig - auch hinter die Kulissen dessen zu gucken, was in unserer Gemeinde geschieht, sich entwickelt oder auch schon mal im Argen liegt. Darüber wollen wir berichten und unsere Gedanken dazu beisteuern, nicht als "einsägige Berichterstatter" und nicht nur in nüchternem Zeitungsdeutsch (wir sind ja keine gelernten Journalisten).

Auch der Humor, die Glosse oder Karikatur und vor allem unsere plattdeutsche Sprache sollen nicht zu kurz kommen.

Zu viele gute Vorsätze, meinen Sie? Nun, "Nimm di nix vör, denn sleit di nix fehl" soll nicht unser Wahlspruch sein, lieber "Frisch gewagt ist halb gewonnen!"

Wir wünschen uns natürlich, daß Sie immer gern in unser kleines Blatt hineinschauen, nicht nur in diese Neuerscheinung, sondern auch in die weiteren Ausgaben, denn für Sie wie für alle Grönwohlder Bürger zum "Rinkiekien" ist es gedacht und gemacht.

Ebenso freuen wir uns über Anregungen von Ihnen, über Fragen und Antworten, Lob und Kritik, mündlich oder als Leserbrief.

"Rinkiekien und rinkiekien laten" soll unser Motto sein. Wir möchten gern zum besseren Verstehen beitragen und helfen, Vertrauen zu schaffen oder zu festigen zwischen allen Grönwohldern - den Alteingesessenen und den Neubürgern - zwischen Menschen mit verschiedenen politischen und sozialen Ansichten und Einsichten.

In diesem Sinne bitten wir um Ihre Aufmerksamkeit für den "Grönwohlder Rinkiekier"

Mit freundlicher Empfehlung
Ihre Redaktion.

Gemeindevertretersitzung

Am Abend des 14.2.80 tagte die Gemeindevertretung im Kronenhof. Wichtigster Tagesordnungspunkt war der Haushaltsplan 1980, der beraten und beschlossen werden sollte. Jedoch daraus wurde nichts, und das kam so :

Zweieinhalb Stunden vor der Sitzung hatte sich der Finanzausschuß der Gemeinde zum ersten Mal mit dem Haushaltsentwurf '80 befaßt und mehrere Änderungsempfehlungen beschlossen.

Vor Beginn dieser Beratungen im Ausschuß hatte allerdings der SPD-Fraktionssprecher, Paul Boehnke, angekündigt, daß sich die SPD-Gemeindevertreter nicht an der vorgesehenen Verabschiedung des Haushaltsplanes in der unmittelbar nachfolgenden Sitzung beteiligen würden. Begründung : Die Zeit für eine gewissenhafte Prüfung und Beratung des Haushalts für 1980 sei nicht ausreichend gewesen.

Die Gemeindevertreter hatten den Haushaltsentwurf, der die Verfügung über mehr als 1 Million DM festlegen soll, erst 3 Tage vor der Sitzung zum ersten Mal zu Gesicht bekommen. In so kurzer Zeit können ehrenamtlich tätige Gemeindevertreter, die tagsüber in ihrem Beruf arbeiten müssen, nicht mit der erforderlichen Sorgfalt die mehr als 100 Einzelposten dieses Finanzplanes überprüfen.

Der FDP-Abgeordnete Arnold Evers schloß sich dieser Erklärung an und brachte daraufhin zu Beginn der Gemeindevertreter-Sitzung den Antrag ein, den Punkt "Haushaltsplan 1980" von der Tagesordnung zu streichen. Dieser Antrag wurde bei Stimmgleichheit mit einer Enthaltung von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Als jedoch während der Sitzung der CDU-Abgeordnete Willi König seine Stimmenthaltung bei der

anstehenden Abstimmung mit ebenderselben Begründung ankündigte, daß der Mangel an Beratungszeit einer Verabschiedung entgegenstehe, brachte der Vorsitzende einen neuen Antrag gleichen Inhalts ein, demzufolge über die Annahme des Haushaltsplanes doch besser erst auf der nächsten Sitzung abgestimmt werden sollte.

Und so geschah es dann, diesmal auch mit den Stimmen der CDU-Gemeindevertreter bei voller Einstimmigkeit.

Frage : Warum nicht gleich so ?

Jedenfalls darf nun wohl für das nächste Jahr erwartet werden, daß mit den Beratungen im Finanzausschuß nicht wieder erst zwei Stunden vor der endgültigen Abstimmung begonnen wird und die Abgeordneten mehr als drei Abende Zeit bekommen, sich mit dem Haushaltsplanentwurf 1981 zu befassen.

Außerdem wurden u.a. noch folgende Themen diskutiert :

Die Gemeindeverwaltung hatte vor einiger Zeit im Hinblick auf die möglichen Versorgungsschwierigkeiten mit leichtem Heizöl bei den Hamburger Gaswerken angefragt, ob ein Anschluß der Gemeinde Grönwohld an die Erdgasversorgung möglich sei. (Es liegt bereits eine Gasleitung bei Bollmoor). Die Hamburger Gaswerke haben daraufhin die Gemeindeverwaltung um nähere Informationen über die örtlichen Gegebenheiten gebeten.

Die Gemeindevertreter der SPD stellten den Antrag auf Materialkostenübernahme für die Innenrenovierung der alten Schule durch die Gemeinde. Die Ausführung der Arbeiten übernimmt die Arbeiter-Wohlfahrt in Eigenleistung. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Ein augenblicklich sehr brisantes Thema ist auch die Frage der möglichen Übernahme der Grönwohlder

Schüler durch die Grundschulen in Trittau oder Lütjensee. Hierzu verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Schulverbandes Lütjensee.

Die Gemeindevertreter konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Schulverband Lütjensee versucht, sich "die Grönwohlder Köpfe zu zerbrechen". Im Augenblick ist noch gar nicht abschließend entschieden, ob die Grundschule in Grönwohld evtl. doch weiter be-

stehen bleibt, da zur Beurteilung nötige definitive Zahlen noch nicht vorliegen.

Erst wenn die Angelegenheit zur Entscheidung ansteht, soll unter Beteiligung der Eltern eine künftige Lösung gefunden werden.

Das in dem Schreiben erbetene Gespräch mit dem Schulverband Lütjensee wird gegenwärtig als nicht sehr sinnvoll angesehen. Dahingehend soll das Schreiben auch beantwortet werden.

Für Autofahrer

Mit dem Mittel der beißenden Ironie arbeitet ein Stadtpfarrer in einer kleinen Stadt in Baden-Württemberg, wenn er Autofahrern empfiehlt, auf langen Strecken zur Ermunterung zu singen.

Sein Tip für Tempo 70
"In Gottes Namen fahren wir"

für Tempo 100
"Wir sind nur Gast auf Erden"

und für Tempo 130
"Oh, Welt, ich muß Dich lassen".

Des Pastors garstige Lieder

In Eutin, im Kreis Ostholstein, ist etwas furchtbares geschehen: Der Pastor Lutz Tamchina benutzte im Konfirmanden-Unterricht ein Liederbuch, in dem auch ein Lied des Kommunisten Wolf Biermann abgedruckt war. Wie das? Werden

jetzt schon unsere Konfirmanden kommunistisch unterwandert? So fragten sich besorgte Eltern, gründeten eine Initiative und stellten den Pastor samt Kirchenvorstand zur Rede. Im wesentlichen ging es um das Biermann-Lied "Ermutigung", das mehrfach gemeinsam gesungen worden sei und das junge Menschen in unerträglichem Maße kommunistischer Beeinflussung aussetze.

Der Hinweis der wackeren Kirchenmänner, daß es sich bei dem Lied "Ermutigung" um einen völlig unpolitischen lyrischen Text handele, wurde von den aufgebrachten Eltern mit dem Hinweis gekontert, das sei ja gerade das Gefährliche daran.

Merke : Die schlimmsten kommunistischen Unterwanderer sind die, die unpolitische Lieder in Umlauf bringen.

Wer weiß, ob Heino nicht schon heimlich den "Lenin-Orden" bekommen hat ?

Meinungen über Politik

Die Politik ist keine Wissenschaft, wie viele der Herren Professoren sich einbilden, sondern eine Kunst.

(Der "eiserne Kanzler"
Otto von Bismarck)

Sup di duhn un fret Di dick
un hol Din Mu! von Politik !

(Volksmund)

Wir hatten Gäste.....

Am Freitag, dem 7. März konnte unser Ortsverein bei seiner gut besuchten Zusammenkunft im Kronenhof gleich 2 Gäste begrüßen, unseren Bundestags-Abgeordneten Eckart Kuhlwein und den neu gewählten Kreisvorsitzenden Manfred E. Poppe.

Der Genosse Kuhlwein berichtete über die Arbeit in Bonn und die derzeit besonders interessierenden Themen Außenpolitik, "Steuerpakete" und Rentenreform.

Zur Außenpolitik erläuterte er uns die Haltung der Partei und Regierung zur Afghanistan-Krise sowie zur Solidarität mit USA.

Zum Thema Rentenreform nahmen unsere Genossinnen und Genossen die Gelegenheit wahr, den Abgeordneten (auch Mitglied der "Wehner-Kommission") ausführlich zu befragen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muß ja mit Wirkung ab 1985 die Hinterbliebenen-Rente einheitlich für Mann und Frau geregelt werden.

Bisher ist es so, daß beim Tod des Mannes die Ehefrau ohne eigene Rente nur noch 60% der Rente des Mannes erhält, während der Mann als Hinterbliebener seine volle Rente behält; also eine starke Benachteiligung der Frau !

Wenn beide Ehegatten Rentenansprüche hatten, bekommt die Frau als Hinterbliebene ihre eigene Rente voll weiter und zusätzlich 60% der Rente ihres Mannes, während der Mann als Hinterbliebener nur seine eigene Rente weiterbeziehen kann und die Rente der verstorbenen Ehefrau verfällt; also eine Benachteiligung des Mannes !

Nach den bisher erarbeiteten Vorschlägen und Berechnungen der finanziellen Möglichkeiten soll ab 1985 als Hinterbliebenen-Rente 70% des gemeinschaft-

lichen Rentenanspruchs gezahlt werden. Ferner soll das sogen. "Baby-Jahr" - also ein Jahr für jedes Kind - auch nachträglich berücksichtigt werden, es soll also auch den heutigen Rentnerinnen zugute kommen. Für diese Regelung hat man sich bewußt entschieden, damit nicht nur die Frauen, die künftig Kinder erziehen, sondern auch die Frauen, die in der Vergangenheit - und das oft unter sehr viel schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen und häufig ohne staatliche Leistungen - Kinder erzogen haben, in diesen Genuß kommen. Konkret bedeutet das, daß die Rentnerinnen für jedes Kind eine Rentenerhöhung von rd. DM 25,--/Monat erhalten.

So weit, so gut, und nun kommt der Pferdefuß, meine Damen !

Die 70%-ige Hinterbliebenen-Rente soll nur für den Fall gelten, wenn beide Partner Rentenansprüche haben oder wenn die Ehefrau ohne eigene Rente allein bleibt. Ist der Mann der Hinterbliebene und hatte seine Frau keine eigene Rente, so soll er seine volle Rente behalten !

Fazit: Die Benachteiligung des Mannes würde aufgehoben, die Benachteiligung der Frau würde auch in Zukunft bestehen bleiben.

Allerdings : Für Versicherte, die nach 1984 in Rente gehen und nach altem Recht neben der eigenen Versicherten-Rente Anspruch auf eine 60%-ige Hinterbliebenen-Rente hätten, wird in einer Übergangszeit von 10 Jahren die jeweils für sie günstigste Berechnungsmethode angewandt.

Eckart Kuhlwein erklärte, daß man sich in der SPD sehr wohl darüber im klaren wäre, daß im Endeffekt eine erneute Benachteiligung der Frau ohne eigenen Rentenanspruch erfolgen kann. Man sähe aber z.Zt. keine Möglichkeit, die neuerliche Benachteiligung abzuwenden. Nur 70% auch für den Mann trifft auf den harten Widerstand der Gewerk-

schaften (verständlicherweise). Der logische Ausweg - auch 100% für die Frau - ist nicht finanzierbar.

Es wird auch ganz klar gesehen, daß eine solche Regelung - sollte sie Gesetz werden - zu einer Verfassungsbeschwerde führen kann und - vom Standpunkt der Frauen - auch führen muß. Vielleicht liegt eine mögliche Lösung darin, daß durch die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen der Kreis der Betroffenen ständig kleiner wird.

Zur Steuerpolitik berichtete der Genosse Kuhlwein über die von SPD/FDP und CDU/CSU getrennt eingebrachten "Steuerpakete".

CDU/CSU wollen einerseits höhere Steuererleichterungen und auch schon 1980 einschließlich des umstrittenen Kinderfreibetrages, fordern aber andererseits gesteigerte Ausgaben für Verteidigung, ohne zu sagen, wie das finanziert werden soll (Wahlgeschenke ?)!

Die Regierung hält an ihren Vorstellungen über Steuererleichterungen ab 1981 fest, die vorwiegend den unteren Einkommensbezieher zugutekommen sollen. Auf jeden Fall will man den nur den höheren Einkommensgruppen zugutekommenden Kinderfreibetrag nicht wieder einführen.

Regierung und Opposition haben allerdings angekündigt, daß bei erhöhten Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der NATO evtl. auch Kürzungen ihrer Programme nötig werden könnten.

Zum Schluß hatte auch der Kreisvorsitzende Poppe Gelegenheit, seine persönlichen Vorstellungen über die zukünftige Arbeit kurz darzulegen, wobei er bescheiden darauf verwies, daß er sich die Schwerpunkte seiner Tätigkeit, die vor allem im kommunalen Sektor liegen, erst im Lauf der Zeit erarbeiten müsse.

Vordringliches Ziel sei zunächst die Vorbereitung und Durchführung des Bundestags-Wahlkampfes, wo es uns darum gehen muß zu verhindern, daß ein so unberechenbarer Politiker wie F.J. Strauß Bundeskanzler wird. Wir waren uns mit ihm einig, daß die SPD einen fairen Wahlkampf mit guten Argumenten führen will und sich nicht auf eine Stufe stellen mit denjenigen in der Opposition, die politisch Andersdenkende als "Ratten und Schmeißfliegen" abqualifizieren.

Auf dieses Thema werden wir sicher im Laufe dieses Jahres noch zurückkommen und versuchen, Wahlkampfparolen und Wahlversprechen auf ihren Gehalt und Hintergrund abzuklopfen, ohne dabei eine rosa-rote Parteibrille aufzusetzen.

Historisch

Wußten Sie eigentlich, daß unser Ortsverein schon über 60 Jahre besteht ?

Nach dem 1. Weltkrieg waren 80 Grönwohlder Bürger Mitglied der SPD und gehörten zunächst noch zum Ortsverein Tritttau. Im Februar 1919 beschlossen Sie, einen eigenen Ortsverein zu gründen. Durch die Einwirkungen des "1000jährigen Reichs" wurde auch der SPD-Ortsverein Grönwohld zur Unterbrechung seiner Tätigkeit gezwungen. Heute gehören ihm wieder 33 Mitglieder an.

Aktuell

Ihr Bundestags-Abgeordneter, ECKART KUHLWEIN, ist für Sie immer zu erreichen; Anschrift : Postfach 1349, 2070 Ahrensburg
Tel.: 04102/52380 od. 54741

Ihre SPD-Gemeindevertreter sind :

PAUL BOEHNKE, Radeland 11
Tel. 5398
JÜRGEN MÖLLER, Hermann-Claudius-Weg 11, Tel. 5488
JOSEF RYLL, Hüttborn 13
Tel. 5482

Die Bürgerinitiative Bus 364 berichtet:

"Nach dem Start unserer Bürgerinitiative im Oktober vergangenen Jahres vor der Gemeinderatssitzung im Rahmen der Bürgerfragestunde im Kronenhof fanden wir Unterstützung bei der SPD und FDP auf Orts- und Kreisebene und konnten ca. 300 Unterschriften sammeln.

Unsere schriftliche Begründung der Initiative sandten wir am 5.11.1979 zusammen mit den Unterschriftslisten und Kopien der widersprüchlichen Presseveröffentlichungen an den Kreistag nach Bad Oldesloe. Die Antwort des Landrates vom 28.12.1979 ist Ihnen sicher bekannt, da unser Bürgermeister so freundlich war, sie in den Bekanntmachungskästen der Gemeinde auszuhängen.

Wir konnten unsere Arbeit damit aber nicht als beendet ansehen, da die Konzessionsverlängerung zunächst nur auf 1 Jahr (also bis Ende Dezember 1980) beantragt und die Wiederaufnahme der beiden Spätbus-Paare in den Fahrplan überhaupt abgelehnt wurde.

Inzwischen hat ein Aktions-Komitee des SPD-Ortsvereins Trittau in Zusammenarbeit mit uns und den SPD-Ortsvereinen der betroffenen Gemeinden die Weiterführung der Arbeit zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen übernommen.

Die Frageaktion mit Rückantwortkarten hat ein sehr gutes Echo gehabt, und aus den Zuschriften konnten weitere wichtige Argumente entnommen werden, die bisher noch nicht öffentlich vorgetragen wurden.

Am Donnerstag, dem 28. Febr. 80 trafen sich die Bürgermeister der Gemeinden des Amtes Trittau bei Bürgermeister Schop mit dem Hauptabteilungsleiter des HVV, Herrn Kirchhoff sowie einem leitenden Herrn der VHH.

Dem Vernehmen nach ist der Stand der Dinge z.Zt. folgender:

Die Buslinie 364 wird im bisherigen Umfang weiterbetrieben, und die Spätbusse sollen wieder eingeführt werden, wenn der Kreis Stormarn sich an dem Defizit des HVV beteiligt.

Ferner soll die bereits eingeführte Erweiterung des Liniennetzes durch den Anschluß bisher nicht angefahrener Gemeinden (z.B. Dwerkatzen, Granderheide, Rausdorf, Köthel) zur Dauereinrichtung werden, wenn die VHH den Auftrag für die Schülerbeförderung erhält.

Da inzwischen wohl auch die Abgeordneten der CDU im Kreistag begriffen haben, daß sie - besonders im Wahljahr - eine für alle Bürger so wichtige Entscheidung nicht länger auf den St.Nimmerleinstag vertagen können, sollte nun der Kreistag in seiner Sitzung am 21.3.80 die Kostenbeteiligung beschließen. Allerdings geht weder aus der veröffentlichten Tagesordnung noch aus den Presseberichten etwas über einen solchen Beschluß hervor. Wann dieser Beschluß nun erfolgen wird und welche Verbesserungen in der Versorgung unseres Gebietes durch öffentliche Verkehrsmittel außerdem noch möglich sind (z.B. bessere Fahrplanabstimmung zwischen den einzelnen Linien), soll ein öffentlicher Informations- und Diskussionsabend ergeben, der voraussichtlich Mitte April stattfinden wird. Herr Kirchhoff vom HVV wird sich dann Ihren Fragen stellen. Der genaue Termin wird durch Plakate rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Unsere Aktivitäten können durch möglichst zahlreiche Teilnahme an dieser Veranstaltung demonstrativ unterstützt und unsere bisherigen Teilerfolge sicher noch verbessert werden.

Wir laden SIE ALLE daher recht herzlich ein !!!"

In' Mai

Ick will blots dütt vermellen,
de Blöm sünd nich to tellen,
de op de Wischen lücht.
Se stat dor alltosamen,
du weeßt man knapp ehr Namen,
so schön se di ok dücht.

Dat hett de Mai di schapen.
Nu mak din Ogen apen,
wiet op, dat ra' ich di.
De Dannen un de Eeken
speelt noch mit di Versteken.
Un gau is dat vörbi.

In' Knick dor blöht de Fleeder.
De Lark de singt ehr Leeder
wull in de blage Luft.
Un büst du olt an Johren,
sett die in dinen Goren
un rük den söten Duft.

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors,
unseres Ehrenbürgers Hermann Claudius)

Spötter unter sich

Als Churchill im ersten Weltkrieg
aller Ämter enthoben worden war,
galt er als politisch erledigt.
G.B. Shaw schickte ihm zwei Frei-
karten für die Premiere seines
neuesten Stückes mit der Bemerkung
"Für Sie und einen Freund,
falls Sie noch einen haben."

Churchill sandte die Karten zurück
mit dem Hinweis "Leider bin
ich verhindert und bitte, mir zwei
Karten für die zweite Vorstellung
zu überlassen, falls eine solche
stattfinden sollte."

(Sir Winston Churchill 1874- 1965
Engl. Premier im 2. Weltkrieg)

(George Berard Shaw 1856 - 1950
Irischer Schriftsteller)

Eine (politische) Fabel

"Itzt will ich fliegen, rief der
gigantische Strauß, und das ganze
Volk der Vögel stand in ernster
Erwartung um ihn versammelt. Itzt
will ich fliegen, rief er nochmals,
breitete die gewaltigen Fittiche
weit aus und schoß, gleich einem
Schiffe mit aufgespannten Segeln,
auf dem Boden dahin, ohne ihn mit
einem Tritte zu verlieren.
Sehet da ein poetisches Bild jener
unpoetischen Köpfe, die in den ersten
Zeilen ihrer ungeheuren Oden
mit stolzen Schwingen prahlen, sich
über Wolken und Sterne zu erheben
drohen - und dem Staube doch immer
getreu bleiben.

(Aus der Fabel "Der Strauß" von
Gotthold Ephraim Lessing).

Was tun, wenn...

der Strom ausfällt ?

Schlesweg AG., Großensee
Tel. 6132

kein Wasser da ist ?

Wasserwerk Lütjensee
Tel. 70154

Straßenbeleuchtung ganz oder teilweise ausfällt ?

Eberhard Nakat, Elektro-Ing.
Lütjensee, Tel. 7175

die Kanalisation nicht in Ordnung ist ?

Klärwerk Lütjensee
Tel. 5321

oder

Manfred Kranz, Radeland 34
Tel. 5384

(wird auf Anfrage gern fortgesetzt !)

gefühls- armer Mensch	▼	Dich- tungs- art	▼	dr. Mittel- gebirge	Erlös	Segel- kom- mando
▶					▼	▼
Saug- röhre		Wasser- stands- messer	▼	Antwort auf Kontra	▶	
▶						
				Gewand		Aas- fresser
Abscheu	Font, Mode- narr		kleines Wald- chen	▶		▼
Zecherei	▶					
▶			Zeichen für Mangan			Wind- rich- tung/ Abk.
Heiz- mittel		Spreng- körper	▶			▼
Kirchen- chor- leiter	▶					



Die soziale Wunschliste der Bundesbürger ist eindeutig : Ein sicherer Arbeitsplatz geht allem anderen vor. Das ergibt sich aus einer Untersuchung des Bundesarbeitsministeriums mit dem Titel "Bürger und Sozialstaat", die vor kurzem veröffentlicht worden ist. Zweitwichtigstes Anliegen ist eine ausreichende Alterssicherung. Aber auch soziale Gerechtigkeit, Sicherung bei Krankheit und Familienförderung spielen eine wichtige Rolle. Viele dieser Wünsche können als erfüllbar abgehakt werden : Mehr als vier Fünftel der Befragten sind nämlich mit unserem System der sozialen Sicherung zufrieden.

Sprechstunde für jedermann

Sprechstunde ist jeden 1. Dienstag im Monat zwischen 18 und 20 Uhr bei Paul Boehnke, Radeland 11 oder nach Vereinbarung! Tel. 5398

Herausgeber : SPD - Ortsverein Grönwohld, Kreis Stormarn
Bankverbindung : Kreissparkasse Stormarn Kto.-Nr. 120-003 512 (BLZ 230 516 10)
Redaktion : Paul Boehnke, Walter Dobert, Karin Feist (freie Mitarbeiterin)
Anschrift : Radeland 11, 2071 Grönwohld, Tel. 04154/5398
Druck : Druckgemeinschaft SPD Mittel-Stormarn Auflage : 450 Stück